

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

4/2012

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Vorwort

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Vorwort

„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“

Antoine de Saint-Exupéry

Liebe Freunde,

schon wieder ist ein Jahr vergangen, ein Jahr mit Höhen und Tiefen.

Auch für mich war 2012 ein bewegendes Jahr mit vielen interessanten Begegnungen im Wahlkreis, im CDU-Kreisverband Teltow-Fläming und im Landtag. Ganz besonders möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung auch in manch schwierigen Situationen bedanken. Über Solidarität innerhalb der Partei wird in Teltow-Fläming nicht gesprochen, sondern sie wird gelebt. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Ich arbeite gern mit Ihnen und für Sie in der Christlich Demokratischen Union.

Viele politische Ereignisse prägten die Politik in Brandenburg und in Teltow-Fläming im Jahr 2012. Nach dem Rücktritt unserer Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Saskia Ludwig, wurde das Führungsteam neu besetzt. Nunmehr wird die Landtagsfraktion von Dieter Dombrowski und die Landespartei von Prof. Dr. Michael Schierack geführt. Wir alle hoffen, dass die neue Führung die Partei und die Fraktion in ruhiges Fahrwasser führen. Als größte Oppositionspartei müssen wir wieder zu inhaltlicher Stärke und Geschlossenheit zurückfinden. Darauf hat die Basis unserer Partei einen Anspruch.

Auch im Landkreis Teltow-Fläming stehen wir vor neuen wichtigen personellen Weichenstellungen. Nach der Abwahl von Landrat Peer Giesecke (SPD) im Dezember steht Teltow-Fläming vor einem Neuanfang. Der neue Landrat wird im nächsten Jahr direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Dies hatte die CDU bereits schon im Jahr 2008 gefordert. Die Herausforderungen sind groß, der Haushalt muss konsolidiert und die kreiseigenen Gesellschaften saniert werden. Gleichzeitig gilt es mehr Bürgernähe und mehr Bürgerbeteiligung durchzusetzen. Dies werden wir im Landratswahlkampf im nächsten Jahr deutlich machen. Es darf keinen Stillstand geben.

Gleichzeitig werden wir im nächsten Jahr im Bundestagswahlkampf für eine starke Union und für eine Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel kämpfen. Nur mit der Union und mit Angela Merkel wird es gelingen, die Herausforderungen, vor die unser Land steht, gemeinsam mit den Menschen zu meistern. Die Menschen wollen keine rot- grünen Experimente, sondern setzen auf Stabilität und Vertrauen. Mit Katherina Reiche, Andrea Voßhoff und Jana Schimke verfügen wir im Landkreis über hervorragende Bundestagskandidatinnen.

Zur Jahreswende sage ich von Herzen Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Schöpfen wir in der Zeit zwischen den Jahren neue Kraft, um auch 2013 den politischen Herausforderungen mit ganzer Kraft zu begegnen und gemeinsam, die an uns gestellten Aufgaben zu bewältigen.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest, Gesundheit, Wohlergehen und Glück für 2013

wünscht Ihnen

Ihr



Neues aus dem Wahlkreis

Danny Eichelbaum: Erfolg des Volksbegehrens ist ein wichtiges Signal! - Brandenburger Landesregierung muss Nachtflugverbot jetzt endlich durchsetzen

Zum Erfolg des Volksbegehrens für ein Nachtflugverbot am Flughafen BER in Schönefeld erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

"Das ist ein wichtiges und richtiges Signal! Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Brandenburg ist ein Volksbegehren erfolgreich. Dieses Votum muss der Landtag Brandenburg ernst nehmen. Die Menschen erwarten jetzt, dass die Politik die Gesundheitsinteressen vor die wirtschaftlichen Interessen des Flughafens stellt. Jetzt muss ein umfassendes Nachtflugverbot im Interesse der Anwohner des Flughafens BER durchgesetzt werden. Die Brandenburger Landesregierung muss jetzt den Weg dafür frei machen. Gleichzeitig ist das erfolgreiche Volksbegehren ein Zeichen für mehr Bürgerbeteiligung und Demokratie im Land Brandenburg.

Gemeinsam mit anderen Parteien und Initiativen hat die CDU Teltow-Fläming bis zur letzten Sekunde für jede Unterschrift gekämpft. Bereits im Jahr 2010 befürwortete der Kreistag Teltow-Fläming auf Initiative der CDU-Kreistagsfraktion ein umfassendes Nachtflugverbot am Flughafen BER.

Quelle: Pressemitteilung 03.12.2012



Unterschriftenaktion für das Volksbegehren Nachtflugverbot in Ludwigsfelde am 03.11.2012

Brandenburg kann mehr - Nur unter Rot-Rot werden die Potentiale nicht erkannt

In einer gelösten Runde erläuterte Gordon Hoffmann, bildungspolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion, im Sitzungssaal "Alter Molkerei" in Großbeeren "was alles schief läuft in der Bildungspolitik" auf einer Veranstaltung der örtlichen Union. Begleitet wurde er von dem rechtspolitischen Sprecher Danny Eichelbaum, der die Veranstaltung in seinen Wahlkreis geholt hatte.

Gordon Hoffmann stellte zu Beginn klar: "Für die CDU Brandenburg ist es nicht hinnehmbar, dass Brandenburg auf dem wichtigen Feld der Bildungspolitik immer wieder das Schlusslicht ist -- zum Schaden unserer Kinder. Wir brauchen ein leistungsorientiertes Bildungssystem, welches individuelle Leistung einfordert, honoriert und für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Finanzmittel müssen zielgerichtet für die Verbesserung der Lernsituation und für die Verbesserung der Lehrersituation eingesetzt werden, um ein qualitativ hochwertiges und leistungsorientiertes Bildungssystem in Brandenburg zu ermöglichen."



Der CDU-Vorsitzende aus Großbeeren, Dirk Steinhausen, brachte es humorvoll auf den Punkt: "Willst Du Brandenburg an der Spitze sehen, musst Du die Tabelle drehen." Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, um Ziele und Wege, um die Potentiale, die die Brandenburger rot-rote Landesregierung derzeit nicht nutzt, zu heben und zu einer Verbesserung in der Bildungspolitik zu kommen.

Darüber hinaus wurde das Eckpunktepapier des verabschiedeten CDU-Leitantrags "Jedem Kind seine Chance -- gerechte und leistungsorientierte Bildung" erläutert. Hierzu erklärte Gordon

Hoffmann: "Die Zukunft liegt in den kommunalen Bildungslandschaften. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen vor Ort zu koordinieren. Ziel muss es sein, eine gut funktionierende Vernetzung der Einrichtungen vor Ort (Kita, Schule, Jugend- und Kultureinrichtungen, schulische und außerschulische Förderangebote sowie Erwachsenenbildung) zu erreichen und Angebote effektiv und zielgerichtet unterbreiten zu können."

Aber auch die Unterschiede wurden herausgearbeitet. Ob in der Grundschule, Oberschule oder Lehrerbildung, bei vielen Vergleichstests hat Brandenburg in den letzten Jahren schlecht abgeschnitten. "Das schlechte Abschneiden hat Gründe. Wir haben als CDU jetzt ein Leitantrag erarbeitet, der unser Land aus der bildungspolitischen Sackgasse führen kann," so die beiden Landespolitiker, Gordon Hoffmann und Danny Eichelbaum, übereinstimmend.

Quelle: Pressemitteilung 21.11.2012



Zwischen Kommerz und Museum - Verein Historisch-Technisches Museum Kummersdorf ist gegen Windräder an Schießbahnen

Kürzlich gab es in Potsdam eine Präsentation des aktuellen Planungsstandes für die Geschichtslandschaft „Ehemalige Heeresversuchsstelle Kummersdorf – Museum in der Natur“. Vertreter der Denkmalpflege, des Finanzministeriums, des Kulturministeriums und der Brandenburgischen Boden Gesellschaft BBG erläuterten ihre Positionen.

Das Fazit von Hans-Martin Schnittler, Vorsitzender des Fördervereins Historisch-Technisches Museum Kummersdorf, heißt: „Es ist inzwischen gelungen, die historische Bedeutung dieser Liegenschaft deutlich zu machen. Die Denkmalbelange fließen immer stärker in die Landesplanung für das Gelände ein.“

Seit dem 1. März gehört das 3551 Hektar große frühere Militärareal Sperenberg/Kummersdorf dem Land Brandenburg. Während der Präsentation in Potsdam versprach der Vertreter des Finanzministeriums, die Sicherung von zwei denkmalgeschützten Gebäuden auszuschreiben. Es sind das Offizierskasino und die Kommandantenvilla. „Das ist ein ganz wichtiger Schritt“, so Hans-Martin Schnittler. Eine Entscheidung darüber, ob diese Backsteinbauten einmal saniert und wieder genutzt werden, sei damit nicht getroffen. Es gehe zunächst darum, den Verfall der Bausubstanz aufzuhalten.

Einen Konflikt sieht der Kummersdorfer Verein zwischen dem Bestreben des Landes, Geld zu verdienen, und dem Vereinsziel, Deutschlands wichtigste Entwicklungs- und Erprobungsstätte für Militärtechnik nicht mit Photovoltaik und Windrädern zu durchsetzen. Seit dem Jahre 2008 steht die „Projektgruppe Heeresversuchsstelle Kummersdorf“ dem Verein in dem Bemühen bei, die Geschichtslandschaft dauerhaft für die historische Vermittlung zu erschließen.

Auf eine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum nach Plänen zur grünen Energiegewinnung auf der Ex-Militärfläche antwortete das Finanzministerium im Oktober unter anderem: „Seitens der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Brandenburgischen Boden Gesellschaft wurde vorgeschlagen, Windkraftanlagen entlang der Grenze der ehemaligen Schießbahnen zu errichten, um diese wieder sichtbar und optisch erlebbar zu machen.“

In den Augen des Vereins wäre das Frevel. Schnittler: „Bis zu 200 Meter hohe Windräder würden den Eindruck des Museums in der Natur zerstören. Wir sehen Photovoltaik als Weg, um Finanzen zu generieren. Man muss aber genau schauen, wo die Anlagen aufgestellt werden. Es gibt Bereiche, die noch gar nicht erforscht sind. Uns ist natürlich klar, dass es zu Kompromissen kommen muss.“

Das Land will Teilflächen zur Errichtung von Photovoltaik- und Windenergieanlagen am Markt anbieten. Zu Flächengrößen oder zur Anzahl der Anlagen sei wegen des noch laufenden Abstimmungsprozesses mit den Fachbehörden noch keine Aussage möglich, hieß es aus dem Finanzministerium auf eine entsprechende Anfrage des Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum. Vorgesehen seien Pachtverträge mit einer Laufzeit von 20 bis 25 Jahren.

Die Pachten sollen zuerst zur Sanierung von Altlasten, zur Kampfmittelbeseitigung und für die Verkehrssicherung genutzt werden. Immerhin schlummern auf der Liegenschaft laut Finanzministerium rund 430 Altlastenverdachtsflächen. Allein im Bereich potentieller Solarenergieflächen müssen noch etwa 80 Tankbehälter entsorgt werden. Erst an zweiter Stelle ist davon die Rede, dass die Pachteinahmen auch „für einen zeitnahen Denkmalschutz“ verwendet werden“. Hans-Martin Schnittler aber fragt: „Wann soll denn das mal zum Tragen kommen?“

Er spricht auch ein Thema an, das bisher kaum eine Rolle spielte: die spätere Trägerschaft für das beabsichtigte „Museum in der Natur“. Der Verein allein wäre überfordert. Er schlägt vor, eine Gesellschaft nach dem Vorbild der „Historisch-Technisches Museum Peenemünde GmbH“ zu schaffen. Hauptgesellschafter ist das Land Mecklenburg-Vorpommern.

In dieser Woche treffen sich Förderverein und BBG, um erst einmal eine viel näher liegende Frage zu klären: Wann kann es wieder Führungen im Gelände geben? Der Verein hofft, ab Anfang nächsten Jahres.

Das Land Brandenburg hegte Vorbehalte wegen der Haftpflichtversicherung. Schnittler: „Wir haben einen Versicherungsvertrag, aber das Land schränkt die Gebiete für Führungen ein. Künftig konzentrieren wir uns auf die Kasernenanlage und Teile der Schießbahn. Die Versuchsstelle West und die Raketenprüfstände dürfen aus Sicherheitsgründen wohl nicht mehr gezeigt werden.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.11.2012

Herbsttour der CDU-Landtagsfraktion im Wahlkreis



Besuch des Märkischen Kinderdorfes in Ludwigsfelde am 19.11.2012

Besuch des Waldhauses in Ludwigsfelde am 19.11.2012



Besuch des Evangelischen Seniorenzentrums in Zossen am 19.11.2012

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

CDU: Die Weichen für einen Neuanfang in Teltow-Fläming sind gestellt

Zur Abwahl des Landrates des Landkreises Teltow- Fläming, Peer Giesecke (SPD) durch den Kreistag erklärt der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion und des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

„Die Weichen für einen Neuanfang in Teltow-Fläming sind gestellt. Jetzt kann eine neue Ära beginnen. Erstmals können die Bürgerinnen und Bürger im nächsten Jahr ihren Landrat direkt wählen. Dies bedeutet mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie. Hierfür hatte sich die CDU Teltow-Fläming bereits im Jahr 2008 ausgesprochen. Wir brauchen in Teltow-Fläming wieder ein politisches Klima, in dem trotz sachlich unterschiedlicher Auffassungen die Parteien und Fraktionen im Interesse des Landkreises und seiner Bürger zusammenarbeiten. Die CDU ist hierzu bereit und bietet allen demokratischen Fraktionen die Zusammenarbeit an.

Die Herausforderungen, vor die der Landkreis steht, sind groß. Der Haushalt muss dringend konsolidiert, die kreiseigenen Gesellschaften saniert werden und die Mitarbeiter in der Kreisverwaltung müssen wieder motiviert werden, um bürgernahe Entscheidungen treffen zu können. Ein Ruck muss durch unseren Landkreis gehen. Es darf jetzt keine monatelange Hängepartie und keinen Stillstand geben.

Der CDU-Kreisvorstand Teltow-Fläming wird in seiner Sitzung am 17.12.2012 bereits die weiteren Verfahrensschritte für die CDU besprechen, um personell und sachlich gut vorbereitet in das Jahr 2013 zu starten.

Quelle: Pressemitteilung 10.12.2012



Beim Kaffeeklatsch in Ludwigsfelde am
05.12.2012

Eröffnung des Weihnachtsmarktes in Trebbin
am 30.11.2012





Er war einmal

Peer Giesecke war 20 Jahre für die SPD der Landrat des märkischen Vorzeigekreises Teltow-Fläming. Nun soll er vom Kreistag abgewählt werden – wegen Untreue und Korruption

Luckenwalde - Peer Giesecke galt in Brandenburg als Muster-Landrat. In seiner fast 20-jährigen Dienstzeit wurde der Landkreis Teltow-Fläming mehrfach als wirtschaftlich attraktivster Standort in den neuen Bundesländern ausgezeichnet. Die blühenden Landschaften, die Altkanzler Helmut Kohl (CDU) nach dem Mauerfall versprach – in der Region südlich von Berlin sind sie zum Teil zu finden. Doch nun soll Giesecke abgewählt werden. Der Kreistag entscheidet am heutigen Montag über einen Abwahlenantrag.

Verurteilt wegen Untreue und Korruption, steht der 62-Jährige vor den Scherben seiner politischen Karriere.

Flourierende Wirtschaft, wachsende Einwohnerzahl, viele touristische Attraktionen. Das sind die Kennzeichen des Kreises Teltow-Fläming. Mercedes, BMW, MTU und Rolls-Royce hatten sich als wirtschaftliche Boliden angesiedelt. Der inzwischen mehr als 230 Kilometer lange „Flaeming-Skate“ trägt das Prädikat der längsten Skatingpiste Europas. Die attraktive Nähe zu Berlin macht den Landkreis zum beliebten Zuzugsgebiet. Beste Voraussetzungen für den 62-jährigen Giesecke, als erfolgreicher Landrat abzutreten. Stattdessen blickt er auf das missratene Ende seiner Dienstzeit.

Untreue und Vorteilsannahme lauteten die Vorwürfe, die die Staatsanwaltschaft nach zweijähriger Ermittlung erhoben hatte. Von einem regionalen Bauunternehmer soll sich Giesecke zum Urlaub nach Mallorca und in feine Restaurants einladen lassen haben - um ihm im Gegenzug den Bau eines Supermarktes zu ermöglichen, für den wiederum ein denkmalgeschützter Gutshof abgerissen wurde.

Zudem soll Giesecke aus einem Verfügungsfonds des Landkreises rund 9000 Euro zweckentfremdet haben. Die Staatsanwaltschaft hatte im August einen Strafbefehl am Potsdamer Amtsgericht beantragt. Giesecke akzeptierte diesen, sodass er ohne mündliche Verhandlung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldbuße von 8000 Euro rechtskräftig verurteilt wurde.

Vor einigen Wochen erklärte sich Giesecke im Kreistag zu den Vorwürfen und dem Strafbefehl. Er habe mit Rücksicht auf die Handlungsfähigkeit der Kreisverwaltung, seine Gesundheit und seine Familie auf eine gerichtliche Auseinandersetzung verzichtet. Untreu sei er nie gewesen. Auch wenn er unrechtmäßig Hausmittel des Landkreises ausgegeben habe - es sei für gute Zwecke gewesen. Er habe sich nie persönlich bereichert.

Doch Gieseckes Glaubwürdigkeit steht infrage. „Wirklich Einsicht und Reue sowie eine Distanzierung von seinen Taten kann ich nicht feststellen“, betont etwa CDU-Kreistagsfraktionschef Danny Eichelbaum. Für ihn ist die Causa Giesecke auch ein Beispiel, wohin 20 Jahre Amtszeit führen können. „Da entsteht ein System, das anfällig ist für Vetternwirtschaft und Korruption“, sagt der CDU-Politiker und regt an, Amtszeiten von Landräten zu begrenzen.

Auch in der Gemeinschaftsfraktion von SPD und Grünen ist sich die Mehrheit einig, dass Giesecke als Landrat abgewählt werden muss. „Er ist nicht mehr tragbar“, sagt der Vorsitzende Fritz Lindner (SPD). Daher habe er gemeinsam mit den anderen Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen den Abwahlenantrag unterschrieben. Gleichwohl sieht Lindner eine „gewisse Tragik“ beim freien Fall seines Parteigenossen: „Gieseckes Verdienste für den Landkreis sind ja unbestritten.“ Daher sollen durch eine Abwahl Gieseckes Pensionsansprüche gesichert werden, die er bei einem Rücktritt verlieren würde.

Sollte Gieseckes Abwahl mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden, würde sein Nachfolger erstmals durch eine Direktwahl bestimmt – erstmals überhaupt im Land Brandenburg.

Noch halten sich mögliche Kandidaten bedeckt. „Der erste Schritt ist am Montag nötig“, sagt die Linke-Kreischefin und Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan. Danach werde es spannend, wie die für inhaltliche Themen geschlossene Kooperation von Linken, Grünen, SPD und Bauernverband sich bei der anstehenden Personalie verständigen wird.

Unabhängig von dem Abwahantrag hat das brandenburgische Innenministerium das Disziplinarverfahren gegen Giesecke wieder aufgenommen, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden war. Einem Sprecher zufolge könnte ein Ergebnis des Verfahrens sein, dass das Ruhegehalt Gieseckes gekürzt wird.

Quelle: *Potsdamer Neueste Nachrichten*, 10.12.2012

600 Euro für Geschenke - Suppenaktion brachte tolle Spende für das Jüterboger Kinderheim

Nachdem die Gulaschkanone fast leer war, konnten sich die Kinder des ASB- Kinderheimes kurz vor dem 1.Advent über weitere 250 Euro freuen. Insgesamt spendeten die Jüterboger Bürger und Unternehmer somit 600 Euro für das Kinderheim in Jüterbog.

Die Organisatoren der Spendenaktion sind voll zufrieden. Jenny Günther, der Unternehmer Udo Reich und der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum haben die Aktion „Eine Erbsensuppe für einen guten Zweck-von Jüterbögern für Jüterboger“ ins Leben gerufen und wollen die Aktion im nächsten Jahr auch weiterführen. „Wir haben hierfür auch schon neue Ideen. Entscheidend ist, dass immer etwas Gutes für Jüterbog dabei herauskommt und positive und gemeinnützige Dinge für unsere Stadt gemeinsam mit den Jüterbögern angekurbelt werden“, so Danny Eichelbaum.

Am Samstag freuten sich aber erst einmal die Kinder und Jugendlichen des Kinderheimes über den Erlös der Spendenaktion. Seit 8.00 Uhr halfen sie in der Küche mit, die Erbsensuppe zu kochen, anschließend wurde alles auf dem Toom-Baumarkt in Jüterbog ausgeteilt. Auch für den 15-jährigen Cedric war das ein schöner Tag. „Ich habe selbst noch keine Erbsensuppe gekocht. Dass die Aktion so gut von den Jüterbögern angenommen wurde, ist einfach genial.“ Und auch Jüterbogs Bürgermeister Arne Raue kam mit seiner Familie vorbei, probierte die Erbsensuppe und spendete für das Kinderheim. Nach den Angaben von Udo Reich ist die Gulaschkanone mittlerweile etwa fünf Jahre alt und leistet immer wieder gute Dienste.



„Für die Erbsensuppe haben wir jeweils zehn Kilo Kartoffeln, Erbsen und Eisbein sowie acht Kilo Möhren, fünf Kilo Jagdwurst und acht Kilo Kaßler, drei Kilo Sellerie und anderthalb Kilo Gewürze verwendet. Insgesamt ergab das rund 130 Liter Erbsensuppe, plauderte Udo Reich aus und war begeistert, dass es den Jüterbögern geschmeckt hat. „Viele Jüterboger kamen sogar mit Kochtöpfen und spendeten gern für die Kinder. Mit dem Geld sollen sich die Kinder ihre Weihnachtswünsche erfüllen“, erzählte Jenny Günther. Ein Teil der Spendeneinnahmen waren für einen ganz besonderen Wunsch gedacht. Die Kinder fuhren am Nikolaustag zum Flugplatz Schönhagen und flogen mit einem Flugzeug über den Fläming. Viele Mädchen und Jungen saßen zum ersten Mal in einem Flugzeug.

Nach den Angaben der Leiterin, Steffanie Hellmann, werden im Jüterboger Kinderheim Kinder und Jugendliche zwischen elf und 18 Jahren betreut, viele kommen aus dem Landkreis Teltow-Fläming, einige aber auch aus Potsdam und Jessen und ein Kind sogar aus dem hessischen Rheingau-Taunus Kreis. 2013 beginnen die Umbauarbeiten in der Einrichtung, jedes Kind soll dann ein eigenes Zimmer bekommen. Darauf freuen sich die jungen Bewohner ganz besonders.

Quelle: *Blickpunkt*, 06.12.2012

Medizinische Notfälle und fehlende Lehrkräfte - Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum zu Besuch an der Kastanienschule

Zu wenig Personal, zu wenige Räume, zu viele Schüler – und im Ernstfall keine Regelung für die medizinische Versorgung der geistig behinderten Kinder. Mit diesen Problemen der Kastanienschule befasste sich gestern der Jüterboger Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) bei einem Besuch in der Fördereinrichtung. In einem persönlichen Gespräch schilderte Schulleiterin Simone Kläber dem Politiker, wo es klemmt. „Wir sind am Limit, ich habe zu wenige Lehr- und Erziehungskräfte, unseren Bildungsauftrag können wir so kaum noch erfüllen“, beschrieb sie die Situation. Insgesamt 76 Kinder besuchen die Einrichtung, „das ist jedoch nicht länger handhabbar, eigentlich dürften es nur fünf bis sechs Kinder sein, aktuell haben wir bis zu zehn Schüler pro Klasse.“ Meist stehe nur eine Lehrkraft zur Verfügung.

„Unsere Kinder brauchen in jeder Minute Betreuung, viele müssen von den Lehrern gewickelt und gefüttert werden, angesichts der vollen Klassen fällt die individuelle Förderung immer mehr hinten ab“, beschrieb sie das Problem. „Die Schülerklientel hat sich erweitert, zu unseren Autisten, schwerst- und geistig behinderten Kindern kommen meist noch bis zu fünf verhaltensauffällige Schüler pro Klasse, das ist für eine Lehrkraft nicht zu schaffen“, erklärte sie bei einem Rundgang durch die Klassenzimmer. Zudem fehlten etliche Einzelbetreuer.

Angesichts der akuten Personalprobleme versprach Eichelbaum Unterstützung. „Wir benötigen dringend mehr Lehrer und Sonderpädagogen. Die Reduzierung der Stundenzuweisung muss zurückgenommen werden“, sagte er. Die Missstände an den Regel- und Förderschulen seien nicht länger tragbar und könnten doch durch Entscheidungen der Regierung behoben werden. „Im Dezember wird der Doppelhaushalt des Landes für 2013/2014 beschlossen, ich erwarte, dass sich Bildungsministerin Münch (SPD) für eine Erhöhung des Budgets einsetzt, die CDU hat 70 Millionen Euro mehr beantragt“, sagte er. „Hier geht es um die Schwächsten der Gesellschaft, die sich nicht selbst wehren können.“

Für ein anderes Problem hatte er bereits eine Lösung im Gepäck. Eichelbaum brachte der Schulleiterin eine vom Landesjugendausschuss erarbeitete Arbeitshilfe für die Handhabung erforderlicher Medikamentengabe an Schulen und Kitas mit. Der Kastanienschule wie auch der Jüterboger Integrationskita „Struppi“ fehlte bislang eine solche gesetzliche Regelung. „Fast täglich haben wir ein Kind mit einem Anfall zu versorgen, damit müssen wir umgehen können, eine Stellungnahme des Schulamtes fehlte uns bis jetzt“, sagte Simone Kläber und freute sich über die überraschende Hilfe.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.11.2012



Besuch der
Kastanienschule
in Jüterbog am
26.11.2012

"Der Frieden ist wertvoll" - CDU legt Kranz im Gedenken an Kriegsoffer nieder

Zu einer Kranzniederlegung zu Ehren von Gefallenen hatte gestern die Jüterboger CDU aufgerufen. Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum und JU-Kreischefin Jenny Günther gedachten am Mahnmal in der Dennewitzer Straße der Opfer der Weltkriege. Doch nicht nur den deutschen Gefallenen des Ersten Weltkrieges sollten die Gedenkminuten gewidmet sein. "Es geht uns um alle Menschen, die in einem Krieg ums Leben gekommen sind, es geht darum, wie wertvoll der Frieden ist und welchen wichtigen Job unsere Bundeswehrsoldaten erledigen, wenn sie weltweit im Einsatz sind", sagte Eichelbaum.

Die Kranzniederlegung fand im Rahmen der Aktionstage für die Bundeswehr statt. "Seit zwei Jahren gilt der 12. November in Deutschland als Tag der Solidarität mit der Bundeswehr", erläuterte Jenny Günther, "wir wollen über eine reine Infoveranstaltung zum Tag selbst auch darüber hinaus die Menschen daran erinnern, wie lang der Weg in die heutige demokratische Zeit war."

Am Tag zuvor verteilte sie bereits gelbe Solidaritäts-Schleifen und kleine Anstecknadeln. "Unsere Soldaten sollten deutlich mehr in die Gesellschaft integriert werden, gerade in Jüterbog mit dem Standort Holzdorf in der Nähe", sagte sie.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.11.2012



Kranzniederlegung anlässlich des Tages der Solidarität mit der Bundeswehr in Jüterbog am
11.11.2012

Bekanntnis der Demokraten - Große Mehrheit für Resolution gegen Rechtsextremismus / Diskussion über aktuelle Vorfälle im Landkreis

Der Kreistag setzt ein Zeichen gegen Rechtsextremismus. Nach den jüngsten Vorfällen in Teltow-Fläming – darunter ein Angriff auf einen Jüterboger Stadtverordneten, ein Anschlag auf das Haus des Sprechers der Initiative „Zossen zeigt Gesicht“ und beschmierte Stolpersteine in Zossen – haben die Fraktionen von SPD/Grüne, Linkspartei und FDP/Bauernverband mit Hilfe des „Netzwerks Demokratie“ eine Resolution gegen Rechtsextremismus im Landkreis erarbeitet.

Dieses Papier sorgte bei der Sitzung am Montag für reichlich Diskussionsstoff, denn die CDU wollte die Resolution nicht in dieser Fassung stehen lassen. In einem Änderungsantrag forderte die Fraktion zum einen ein Bekenntnis zum Erhalt des Verfassungsschutzes; zum anderen wollten die Abgeordneten der CDU nicht nur den Rechtsextremismus geächtet wissen. Sie wollten eine Resolution gegen „jegliche Form von Extremismus“.

„Der Staat darf auf dem linken Auge nicht blind sein“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Danny Eichelbaum. Es gebe noch keinen Beweis, dass es sich bei den Taten in Zossen tatsächlich um Anschläge aus der rechten Szene handle. Überhaupt sei die Zahl dieser Delikte rückläufig. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres habe es erst 25 registrierte Taten gegeben. Fest stehe aber, dass es kürzlich linksextremistische Vorfälle in der Region gab – er nannte ein Konzert in Dahme, bei dem eine Musikband der RAF huldigte.

Kontra gab es nach dieser Rede von zahlreichen Abgeordneten. „Jeder Fall rechtsextremer Gewalt ist einer zu viel“, sagte Fritz Lindner, Fraktionschef von SPD/Grüne. Linksextremismus sei im Kreis dagegen nicht vorhanden. Wenn sich der Kreistag nicht klar positioniere, dann „zweifeln die Bürger an der Analysefähigkeit der Abgeordneten“.

„Der Verweis auf Linksextremismus ist hier fehl am Platz. Das verwässert die politische Aussage der Resolution“, sagte Kornelia Wehlan (Linke). Das Dokument sei weder auf dem roten Blatt noch mit der Tinte der Linken geschrieben worden. Sie appellierte an die CDU-Fraktion, den Originalentwurf anzunehmen. „Es wäre ein fatales Zeichen, wenn die CDU sich nicht anschließen würde.“

Etwas Ruhe in die hitzige Debatte brachte Gerhard Kalinka (Grüne) mit seiner Wortmeldung: „Es gibt aktuelle Vorfälle, die dafür sprechen, dass wir ein Rechtsextremismus-Problem haben. Dem sollten wir uns stellen. Kleine Änderungen sollten die Sache nicht gefährden.“ Letztlich wurde die Resolution in der Originalversion zur Abstimmung gestellt. Die einzige Gegenstimme: Bärbel Redhammer-Raback von der NPD.

Die Resolution soll kein bloßes Bekenntnis bleiben. Die Abgeordneten verpflichten sich zur Bekämpfung des Rechtsextremismus durch Aufklärung und Vernetzung. Danny Eichelbaum fasste das so zusammen: „Wir brauchen keine Lichterketten, sondern Taten.“ Es bedürfe harter und schneller Strafen, Toleranz, Präventions- und Aussteigerprogrammen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 07.11.2012

Gespräch mit Kreisbrandmeister Gerd Heine in Luckenwalde am 22.11.2012



Benefiz: Erbsensuppe zugunsten des Kinderheims

Wenige Wochen vor Weihnachten möchten der Jüterboger Unternehmer Udo Reich und der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) mit Blick auf das Fest etwas Gutes tun. Am kommenden Sonnabend werden die beiden gemeinsam mit Kindern des Jüterboger Kinderheimes Erbsensuppe kochen. "Wir möchten diese ab 11.30 Uhr aus der Gulaschkanone vor dem Baumarkt verschenken.", erklärt Udo Reich. Die Suppe soll ein Dankeschön für Spenden sein, die hoffentlich zahlreich für das Kinderheim zusammenkommen. "Die kleinen Heimbewohner können sich so zu Weihnachten hoffentlich einen besonderen Wunsch erfüllen", ergänzt Danny Eichelbaum, der ebenfalls mitkochen und ausschenken will. Die Aktion "Erbsensuppe für den guten Zweck" möchten die beiden Jüterboger künftig einmal im Monat anbieten. "Damit wollen wir mit kleinen Schritten noch weitere Projekte mit einem kleinen Beitrag unterstützen", sagt Udo Reich.



Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 06.11.2012

Bundestagswahl - CDU nominiert Kandidatin

Kandidatin der CDU für die Bundestagswahl im Wahlkreis 62 (Dahme-Spreewald/Teltow-Fläming III/Oberspreewald-Lausitz I) soll die stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen-Union Brandenburg, Jana Schimke, werden. Die 33-jährige ist geboren und aufgewachsen in Cottbus, von Beruf Diplom-Politologin und für einen Spitzenverband der deutschen Wirtschaft tätig. Zum Bundestagswahlkreis gehören unter anderem die Gemeinden Luckenwalde, Nuthe-Urstromtal, Trebbin, Zossen, Am Mellensee, Rangsdorf, Baruth, Niederer Fläming und Blankenfelde-Mahlow.

Heute soll Jana Schimke auf der Wahlkreismitgliederversammlung ihrer Partei im Clauert-Haus in Trebbin nominiert werden.

Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Vorschusslorbeeren bekommt die junge Kandidatin vom CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum. „Jana Schimke ist eine überzeugende Kandidatin. Sie ist jung, kompetent, heimatverbunden und verfügt als stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen-Union über die notwendigen politischen Erfahrungen“, so der Christdemokrat gegenüber der MAZ. Diese möchte die CDU im bevorstehenden Bundestagswahlkampf nutzen, heißt es in einer Pressemitteilung. „Wir setzen im Bundestagswahlkampf auf Frauenpower“, so der CDU-Kreisvorsitzende Eichelbaum. Mit den bisherigen Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche und Andrea Voßhoff, die bereits in ihren Wahlkreisen wieder als Kandidatinnen nominiert worden sind, ringen drei CDU-Frauen in der Region um die Bundestagsmandate. Jana Schimke selbst sagt zu ihrer Kandidatur: „Mein Herz schlägt für Brandenburg und die Menschen, die hier leben.“ Die designierte Kandidatin will für eine Region antreten, die gleichermaßen Wachstum, Lebensqualität und landschaftliche Schönheit, aber auch Abwanderung, Fachkräftemangel und demografischen Wandel in sich vereint.



Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.10.2012

Impressionen aus den letzten Monaten



CDU vor Ort in Großbeeren am 08.12.2012

Einweihung der neuen Rettungswache
in Baruth am 29.11.201



Mitgliederversammlung der CDU
Rangsdorf am 22.10.2012



Aktuelle Themen aus dem Landtag

18 Wohnungen für gefährliche Straftäter – Gesetz zur Sicherungsverwahrung im Kabinett

Bei der Sicherungsverwahrung von gefährlichen Straftätern setzt Brandenburg auf Therapie und Freiheit statt Wegschließen. Das geht aus dem Entwurf für das erste Gesetz zur Sicherungsverwahrung hervor, den das rot-rote Kabinett am Dienstag in Potsdam verabschiedet hat. Die CDU kritisierte das Papier. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) sagte, das Gesetz schaffe die Grundlage für eine grundgesetz- und menschenrechtskonforme Sicherungsverwahrung. Unter strenger Beachtung der Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte werde die Sicherungsverwahrung auf eine individuelle Therapie ausgerichtet.

Erstmals erhielten die Sicherungsverwahrten einen Rechtsanspruch auf die Therapie. Das Gesetz gewährleiste ebenso eine Resozialisierung der Straftäter wie den Schutz der Bevölkerung.

Die Sicherungsverwahrung muss auch nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2011 deutschlandweit reformiert werden.

Schöneburg sagte, auf der Grundlage modernster Forschung solle den Menschenein Leben in sozialer Verantwortung ermöglicht werden. Das gelte auch für die wenigen Personen, die nach verbüßter Haftstrafe zum Rückfall neigen, betonte der Linke-Politiker und fügte hinzu: "Wir dürfen niemanden aufgeben."

Das Gesetz enthalte aber auch Bestimmungen für nicht therapierbare oder therapieunwillige Gefangene. Für die Sicherungsverwahrung wird auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt in Brandenburg/Havel ein Neubau mit

18 Wohneinheiten errichtet. Das Gebäude wird nach Angaben des Justizministeriums zehn bis elf Millionen Euro kosten. Dort sollen die Untergebrachten "bei größtmöglicher Bewegungsfreiheit bestmöglich auf ein straffreies Leben vorbereitet werden".

Mit dieser Art der Unterkunft werde das verfassungsrechtlich verankerte Abstandsgebot zum regulären Strafvollzug gewährleistet, sagte Schöneburg.

Das Leben in der Sicherungsverwahrung sei den allgemeinen Lebensverhältnissen anzupassen, soweit dem keine Sicherheitsbelange entgegenstünden. Wie der Minister weiter erläuterte, sollen die Sicherungsverwahrten frühzeitig auf die Freiheit vorbereitet werden. So sieht der Gesetzentwurf vor, dass Lockerungen erprobt werden. Auch ist ein Rechtsanspruch auf mindestens vier begleitete Ausgänge im Jahr verankert worden. Ferner sollen die Betroffenen in den offenen Vollzug wechseln, sobald sie dessen besondere Anforderungen erfüllen.

In Brandenburg sind derzeit acht Männer in Sicherungsverwahrung. Prognosen zufolge könnten es im Jahr 2020 bis zu 18 Personen sein. Um den Vollzug der Sicherungsverwahrung effektiv zu gestalten, plant Brandenburg eine Kooperation mit anderen Ländern.

CDU-Experte Danny Eichelbaum äußerte allerdings Zweifel. Die von Schöneburg schon im August 2011 angekündigte Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern sei kläglich gescheitert. Außerdem sei fraglich, ob die verfassungsrechtlichen Vorgaben rechtzeitig umgesetzt werden können.

Dem Justizminister fehle das Personal, um die hohen Ansprüche zur Resozialisierung zu erfüllen. Die Landesregierung wolle im Justizvollzug 169 Stellen streichen, darunter auch solche für Pädagogen und Psychologen. Susann Fischer

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 12.12.2012



Sitzung des CDU-Landesfachausschusses
Flughafen am 12.12.2012

Streit um Resozialisierung - Kabinettt billigt Schöneburgs Justizreform / Heftige Kritik der CDU

Die rot-rote Landesregierung hat gestern den Weg für das umstrittene Vollzugsgesetz von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) im Kabinettt freigemacht. Der Strafvollzug wird stärker auf die Wiedereingliederung von Tätern ausgerichtet. Dazu soll das Therapie-Angebot verbessert werden. Außerdem wird die Haft insgesamt gelockert: durch längere Besuchszeiten, mehr Freigänge und eine Erweiterung des offenen Vollzugs.

Heftig umstritten ist vor allem der Plan, dass Schwerverbrecher bereits zum Haftantritt einen Antrag auf Urlaub stellen können. Bislang war das erst nach zehn Jahren der Fall. „Das ist unverantwortlich und verstößt gegen das Rechtsempfinden vieler Brandenburger Bürger“, kritisierte Danny Eichelbaum, Rechtsexperte der CDU-Fraktion.

Schöneburg wies das als „populistische Panikmache“ zurück. Studien hätten gezeigt, dass sich die Rückfallquote durch Sozialtherapie deutlich senken lasse. Die Reform schaffe daher mehr Sicherheit. dpa

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.11.2012

Nein zum Strafvollzugsgesetz - Danny Eichelbaum: Brandenburg erhält unter Rot-Rot das täterfreundlichste Strafvollzugsgesetz Deutschlands

Zum Gesetzentwurf der Brandenburger Landesregierung über den Strafvollzug sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, Danny Eichelbaum:

„Brandenburg erhält unter Rot-Rot das täterfreundlichste Strafvollzugsgesetz Deutschlands. Die Brandenburger Landesregierung hat den Gesetzentwurf mittlerweile sogar noch weiter aufgeweicht. Anstatt, wie ursprünglich beabsichtigt nach 5 Jahren, können Straftäter mit einer lebenslangen Haftstrafe bereits zum Haftantritt Urlaub beantragen. Das ist unverantwortlich und verstößt gegen das Rechtsempfinden vieler Brandenburger Bürger. Mit dem Gesetzentwurf werden die Interessen von Schwer- und Sexualverbrechern vor die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung gestellt.“

Die CDU lehnt dieses Strafvollzugsgesetz kategorisch ab. Mit uns wird es keinen Paradigmenwechsel im Strafvollzug geben. Vollzugslockerungen dürfen nach unserer Auffassung bei Schwerverbrechern frühestens nach zehn Jahren geprüft werden, wie es sich bisher auch bewährt hat. Für uns kommt Opferschutz vor Täterschutz. Wir wollen, dass Schwerverbrecher ihre gerechte Strafe in den Gefängnissen verbüßen und nicht nach kurzer Zeit bereits in den Genuss von Vollzugslockerungen kommen.“

Quelle: Pressemitteilung 27.11.2012



Termin für Schließung der Frankfurter Haftanstalt offen

Das Justizministerium hält an den Plänen zur Schließung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Frankfurt (Oder) fest. Zum Standortkonzept des Ministeriums, das die Aufgabe dieses Gefängnisses vorsehe, seien Gespräche mit den Gewerkschaften und mit der Stadt Frankfurt geführt worden, teilte Minister Volkmar Schöneburg (Linke) auf eine parlamentarische Anfrage mit. "Im Ergebnis haben sich keine Alternativen zur Schließung der Anstalt ergeben", fügte er an. Ein Termin dafür stehe jedoch noch nicht fest.

Durch die Schließung werden etwa 50 Bedienstete eingespart, wie es weiter heißt. Angesichts des noch offenen Schließungstermins sei noch nicht entschieden, wohin die Frankfurter JVA-Beschäftigten versetzt werden. Die Einsparungen bei den Sachkosten lägen bei etwa 104 000 Euro im Jahr. Die verbliebenen Gefangenen sollen in der JVA Cottbus untergebracht werden. Ende September saßen in Frankfurt 42 Häftlinge ein, darunter 32 Untersuchungsgefangene. Der CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum warf Schöneburg vor, sich vor Entscheidungen zu drücken. Die Gefängnisse seien seit 2009 unterbelegt. Seit drei Jahren diskutiere die Landesregierung über die Strafvollzugsplanung und seit drei Jahren gebe es keine Entscheidungen.

Quelle: Schweriner Volkszeitung, 26.11.2012

Das lange Warten vor dem Sozialgericht - Opposition kritisiert Verfahrensdauer / Zu wenig Personal / Ministerium weist Vorwürfe als "tendenziös" zurück


Auf hoher See und vor Gericht ist man in Gottes Hand. Dieser Spruch gilt in Brandenburg derzeit ganz besonders: In der Sozialgerichtsbarkeit etwa müssen Kläger durchschnittlich eineinhalb Jahre auf ein Urteil warten.

Potsdam. In Brandenburg dauern Gerichtsverfahren immer länger. Wie aus der Antwort des Justizministeriums auf eine Kleine Anfrage des CDU- Rechtspolitikers Danny Eichelbaum hervorgeht, müssten Kläger, die ein Zivilverfahren vor dem Landgericht führten, durchschnittlich 10,5 Monate auf ein Urteil warten. Im Jahr 2009 waren es nur neun Monate, der Bundesdurchschnitt liegt bei acht Monaten. Und die Verfahrensdauer an den Sozialgerichten im Land ist ja fast schon legendär: 16,3 Monate wartet ein Kläger derzeit durchschnittlich auf sein Urteil.

"Besonders bemerkenswert ist, dass Opfer des SED-Unrechtsregimes trotz fast halbielter Fallzahlen immer noch durchschnittlich 12,8 Monate auf ihre Rehabilitierung warten müssen", sagt die rechtspolitische Sprecherin der CDU-Bundestagsfraktion, Andrea Vosshoff. "Im Jahr 2008 lag die Bearbeitungszeit noch bei 8,5 Monaten, obwohl erheblich mehr Anträge eingingen."

Für den Unionspolitiker Eichelbaum ist die Ursache der langwierigen Verfahren schnell ausgemacht. "Brandenburgs Justiz braucht langfristige Personalentwicklungskonzepte", sagt Eichelbaum. Die Gerichte benötigten vor allem eine angemessene Zahl von Rechtspflegern und Justizbeschäftigten im nichtrichterlichen Bereich.

Ähnlich äußerte sich die rechtspolitische Sprecherin der FDP, die Abgeordnete Linda Teuteberg. "Vertretbare Verfahrensdauern erfordern eine ausreichende Personalausstattung der Brandenburger Gerichte", erklärte sie gegenüber der RUNDSCHAU. Die von Justizminister Volkmar Schöneburg (Die Linke) im Sommer angekündigte Einstellung von 15 Proberichtern für Sozial- und Verwaltungsgerichte sei deswegen "ein erster Schritt". "Leider ist © PMG Presse-Monitor GmbH dieses Problem aber weder neu noch so einfach zu lösen, dass es nicht auch unter anderen Inhabern des Justizressorts bestanden hätte", so Teuteberg. Das Justizministerium indes weist die Vorwürfe der CDU als "tendenziös" zurück. 2001 etwa habe eine Rehabilitierung von Opfern des SED-Unrechts-Regimes noch 24 Monate gedauert. "Eine Feststellung, unter der derzeitigen Regierung käme es durchweg zu längeren Verfahrenslaufzeiten, ist falsch", so eine Sprecherin des Ministeriums.



Und auch die SPD-Landtagsfraktion verweist darauf, dass das Problem der überlangen Verfahrensdauer schon unter CDU-Justizministern bestanden habe. "Die ehemaligen CDU-Justizminister Schelter, Richstein und Blechinger tragen für die Situation an den Gerichten eine erhebliche Mitverantwortung", sagt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Matthias Beigel. In der ordentlichen Gerichtsbarkeit habe Brandenburg im Ländervergleich relativ kurze Verfahrensdauern, auch entschieden die Arbeitsgerichte in Brandenburg so schnell wie in kaum einem anderen Bundesland. Seit Amtsantritt von Rot-Rot habe sich auch die Situation an den Verwaltungsgerichten leicht gebessert. In der Sozialgerichtsbarkeit dagegen sei die Gesetzgebung des Bundes ein Problem: Hier müssten Gesetze so überarbeitet werden, dass sie weniger Klagen nach sich ziehen.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 24.11.2012

CDU will Stasi-Check ausweiten lassen - Woidke: Fälle bei der Polizei sind lange bekannt

Nach Bekanntwerden von drei Stasi-Fällen bei der brandenburgischen Polizei hat die CDU erneut eine umfassende Überprüfung in Polizei und Justiz verlangt. Wie ihr rechtspolitischer Sprecher Danny Eichelbaum gestern sagte, werde die „lasche Überprüfungspraxis von Rot-Rot“ immer neue Stasi-Fälle nach sich ziehen. Die CDU verlangt einen Stasi-Check für Mitarbeiter ab Besoldungsgruppe A 9, vorausgesetzt, es handelt sich um eine Führungsposition.

Das RBB-Magazin „Klartext“ hatte von drei ehemaligen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern berichtet, die heute in führenden Positionen der Polizei tätig sind. Alle drei sollen Untersuchungsführer des Mielke-Ministeriums gewesen sein.

Innenminister Dietmar Woidke (SPD) sagte, die frühere Tätigkeit der drei Beamten sei seit den 90er Jahren bekannt. Gleiches gelte in einem der Fälle für die zusätzliche inoffizielle Stasi-Mitarbeit. Die Beamten hätten das seinerzeit eingeräumt. Ihre Angaben wurden durch Auskünfte der Stasi-Unterlagenbehörde bestätigt, so der Minister. In Kenntnis dessen sei das Arbeitsverhältnis mit ihnen aufrechterhalten worden. Unabhängig davon, wie man die Entscheidungen heute moralisch bewerte, müssten sie Bestand haben, „denn an den Tatsachen hat sich nichts geändert“, sagte Woidke. Er habe Verständnis für kritische Debatten. Es sei aber nicht möglich, die Maßstäbe willkürlich zu verändern. Als Dienstherr könne er nur im Falle neuer Erkenntnisse handeln.

Laut Innenministerium haben rund 600 der 8800 märkischen Polizisten mit der Stasi zusammengearbeitet. Zudem gebe es etwa 150 sogenannte Karteikartenfälle, bei denen die Kontakte nicht nachgewiesen werden können. Der Innenminister hatte im Vorjahr nach rechtlichen Auseinandersetzungen mit der Stasi-Unterlagenbehörde durchgesetzt, dass die Leiter der früheren 15 Schutzbereiche überprüft werden. Anlass dafür waren neue Erkenntnisse über die Stasi-Verwicklung von Polizei-Führern.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.11.2012

CDU will Fußfessel bei Freigängen einsetzen

Potsdam (dpa) Die CDU in Brandenburg fordert einen großzügigen Einsatz der elektronischen Fußfessel für Straftäter. So soll sie beispielsweise eingesetzt werden, wenn ein Häftling Lockerungen wie Ausgang bekommt. "Die elektronische Fußfessel muss im Rahmen eines Modellprojektes getestet werden", teilte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Björn Lakenmacher, am Mittwoch mit. Das technische Hilfsmittel könnten die Sicherheit fördern und Polizeibeamte entlasten. Einen entsprechenden Antrag will die Fraktion an diesem Donnerstag im Landtag einreichen.

"Die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist ein Baustein für mehr Sicherheit in Brandenburg", so der justizpolitische Sprecher, Danny Eichelbaum. Er verwies auf Straftäter, die einen Ausgang zur Flucht genutzt hatten. Zuletzt war dies am 21. Oktober der Fall: Ein 23-Jähriger war bei einem begleiteten Ausflug aus dem Maßregelvollzug in Teupitz entkommen. Er wurde bislang nicht gefasst. Der Mann war in Berlin wegen Raubes und gefährlicher Körperverletzung zu fünf Jahren Jugendhaft verurteilt worden und sollte wegen einer Suchterkrankung behandelt werden.

Die Fußfessel wird derzeit noch nicht in Brandenburg genutzt. Die rot-rote Landesregierung hatte ihren Einsatz aber im vergangenen Mai beschlossen, um Sexual- und Gewaltstraftäter nach ihrer Freilassung zu überwachen. Eine Ausweitung wie von der CDU geplant, sei "kriminalpolitischer Unsinn" und unwirtschaftlich, sagte ein Sprecher am Mittwoch.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 01.11.2012



Mit Schülerpraktikant Lucas Preetz
aus Rangsdorf am 07.12.2012

Beim CDU-Landesparteitag in
Potsdam am 17.11.2012





Ausgewählte Termine im Monat Dezember/Januar

17.12.2012

- 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes Teltow-Fläming in Kolzenburg

18.12.2012

- 16-18 Uhr Bürgersprechstunde in Ludwigsfelde

- 18.30 Uhr Filmvorführung: " Herr Wichmann aus der dritten Reihe"

19.12.2012

- 16 Uhr Sitzung der Zweckverbandes der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam

- 19 Uhr Punschabend der CDU Trebbin

20.12.2012

- 16 Uhr Empfang für die Aktenpaten des Landkreises Teltow-Fläming in Luckenwalde

21.12.2012

- 10 Uhr Weihnachtsmarkt der Kastanienschule Jüterbog

- 19 Uhr Weihnachtsfeier der CDU Großbeeren

08.01.2013

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam

- 12.30 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises für Innen-und Rechtspolitik

09.01.2013

- 15 Uhr Kaffeeklatsch in Ludwigsfelde

*Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*